

Warum andere Länder Deutschland nicht trauen sollten

Veröffentlicht am 14.02.2019 | Lesedauer: 7 Minuten

Von John Vinocur



Geben Verbündeten Grund zur Sorge: Kanzlerin Angela Merkel und einer ihrer engsten Vertrauten, Wirtschaftsminister Peter Altmaier (beide CDU)

Quelle: pa/Kay Nietfeld/dpa

Die Sorgen der Verbündeten wachsen, dass Deutschland sich kaum noch für etwas anderes einsetzt als sein ureigenes Interesse. Das sieht man beim Streit über Nord Stream 2. Seltsam, dass die Deutschen selbst sich für so überaus verlässlich halten.

Die Jahre kommen und gehen, und die Münchner Sicherheitskonferenz (/188538147) – einst ein Es-lebe-der-Westen-Boys-Club, jetzt eine Art gesponsertes Event zugunsten eines theoretischen Multilateralismus – schafft es einfach nicht, sich dieser wichtigen Frage zu stellen: Kann man Deutschland wirklich vertrauen?

Peter Altmaier, Wirtschaftsminister und zugleich Stimme der Kanzlerin, wenn irgendeine Frage zu lästig ist für Angela Merkel, lief sich schon mal warm für die Konferenz und gab praktisch eine

Antwort auf die nie gestellte, große Frage: nein.

In einem Interview mit WELT AM SONNTAG (/188515603) trug Altmaier dick auf mit Flunkereien, Halbwahrheiten, Ausflüchten und Übertreibungen, die charakteristisch sind für die Suche der deutschen Regierung nach einem warmen, maximal unverbindlichen Platz zwischen Russland und den Vereinigten Staaten in Fragen wie Mittelstreckenraketen oder dem Bau der Nord Stream 2 Gaspipeline.

Das Ausmaß von Altmaiers Eskapismus ist schmerzhaft für alle Freunde seines Landes, die es genau beobachten. Er sagte der Zeitung, dass Deutschland in Washington „nach wie vor einen guten Ruf“ genieße – während tatsächlich die Republikaner und Demokraten im Senat vergangene Woche für eine Erklärung stimmten, in der sie die Beendigung des deutsch-russischen Gasdeals fordern, weil er eine Bedrohung für Europas Verbündete darstelle.

Außerdem sagte er, ein Grund für die schlechten Beziehungen zwischen Russland und Amerika sei die Kündigung des INF-Vertrages (/188248699), womit er suggerierte, dass der Rückzug der USA die Ursache dafür sei und nicht der Vertragsbruch Russlands durch die Stationierung neuer Waffensysteme.

Altmaier bestand darauf, dass Nord Stream 2 ein „privates Projekt“ sei (obwohl Gazprom, das vom Kreml kontrollierte Energieunternehmen, es komplett besitzt und betreibt), und er beschrieb die Pipeline als „wichtig für unsere Energieversorgung“ (obwohl das DIW, das von der Bundesregierung unterstützte Wirtschaftsforschungsinstitut, im vergangenen Jahr feststellte, dass Nord Stream 2 für die Sicherheit der deutschen und europäischen Gasversorgung nicht notwendig sei, und Berechnungen nahelegten, dass hohe Verluste bis zu Milliarden von Euros zu erwarten seien).

Das größte Ausmaß von Unaufrichtigkeit war erreicht, als Altmaier insistierte, er „zweifle nicht an der Vertragstreue“ Russlands. Oh?

Erinnern wir uns doch mal an Moskaus Respekt vor dem INF-Vertrag. Dann sollten wir uns in Erinnerung rufen, wie Siemens 2016 Turbinen nach Russland verkaufte für – wie sich zeigte – ein nicht existentes Atomkraftwerk. Die Sanktionen umgehend, landeten die Anlagen illegalerweise auf der Krim, nachdem Wladimir Putin Sigmar Gabriel, dem damaligen russlandfreundlichen Wirtschaftsminister, versichert hatte, sie seien auf dem Weg zum gefakten vertraglichen Endziel.

Gabriel unterstützte diese Lüge, indem er die Öffentlichkeit nicht darüber informierte. Doch die „Süddeutsche Zeitung“ (<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/russland-sanktionen-siemens-turbinen-auf-der-krim-wie-naiv-war-die-bundesregierung-1.3598331>) machte den Betrug öffentlich – es war eine Demonstration von Putins Verachtung für die deutsche Beteiligung an den westlichen Sanktionen.

Ganz aktuell läuft Altmaiers Haltung darauf hinaus, dass er versucht, Donald Trump zu umgarnen, indem er anbietet, den Bau von amerikanischen Flüssiggas-Terminals in Deutschland zu unterstützen – unter Missachtung der Position des US-Kongresses, dessen großes Thema Europas die geostrategische Bedrohung durch Nord Stream 2 ist.

Die deutsche Position stellt keine Verbindung her zwischen der Pipeline und Moskaus neuen Raketen, die das gleiche Ziel in Bezug auf die Nato und Europa verfolgen. Hier wiederholt sich Merkels kleingedachte Weigerung, eine Verbindung zu erkennen zwischen Russlands Invasion auf der Krim und in der Ukraine und Moskaus militärischer Rolle in Syrien, wo es ein mörderisches Regime unterstützt.

Über die Jahre sind die Sorgen der Verbündeten immer größer geworden, dass sich Deutschland kaum für irgendetwas anderes einsetzt als sein ureigenes Interesse. Das Ausmaß dieser Sorgen zeigte sich deutlich im Jahre 2011, als Merkels Regierung zögerte, Piloten für die Awacs-Aufklärungsflugzeuge der Nato in Afghanistan bereitzustellen.

Damals fand in Berlin eine Gedenkfeier für Richard C. Holbrooke statt, den großartigen amerikanischen Diplomaten und ehemaligen US-Botschafter in Deutschland. Dort erzählte der Regisseur Volker Schlöndorff (</themen/volker-schloendorff/>) davon, dass sich Holbrooke einst in einem privaten Gespräch gewundert habe: „Wie kommt es, dass die Deutschen die Reputation haben, verlässlich zu sein, obwohl sie es nicht sind und es historisch wohl niemals waren?“ Schlöndorff sagte mir später: „Holbrooke erwartete einen unerwarteten Vertrauensbruch der Deutschen.“

Es sind immer noch Deutsche, die das am besten erklären können. Thomas Bagger, Leiter der außenpolitischen Abteilung im Bundespräsidialamt unter Frank-Walter Steinmeier (der Russland einmal als Garanten der europäischen Energieversorgung bezeichnete), schrieb Ende des vergangenen Jahres, nach der Wiedervereinigung sei unter Deutschen der Eindruck entstanden, dass die Geschichte „auf unserer Seite ist“. Bagger beschreibt den Zeitgeist so: „Wir waren anderen klar voraus. Sie hatten unserem Beispiel zu folgen.“ Der Haken dabei sei gewesen: „Das Land hat jedes Gefühl für Bedrohungen verloren.“

Es folgten die russischen Invasionen und die Wiederbelebung der Breschnew Doktrin, also einer interventionistischen Rolle in den Angelegenheiten der ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion. Bagger kam zu dem Schluss: „Im deutschen Mainstream gibt es heute nur noch Multilateralismus. Deutschland hat seine Verankerung

verloren.“

Und weiter: „Donald Trump ist, trotz all seiner Disruptionen, nicht die Ursache für dieses Dilemma Deutschlands“ – Umfragen zeigen, dass Deutsche heute China für einen verlässlicheren Partner halten als die USA ([/178895400](#)).

Eine Peinlichkeit für mehrere Merkel-Kabinette

Jüngst sprach ich in Berlin mit einem hohen Regierungsvertreter, der Baggers These noch einen Schritt weiterführte. Er sagte: „Es gibt eine weit verbreitete Überzeugung, dass uns die Russen niemals angreifen werden. Man hat Angst, sich eine reale Bedrohung einzugestehen. Im Grunde ist es die Angst vor der Wirklichkeit.“

Ein Paradebeispiel dafür und eine Peinlichkeit für mehrere Kabinette von Angela Merkel ist die jahrelang verschwiegene Bedrohung durch nuklearfähige russische Raketen, die Berlin zerstören können. 2007 sprachen russische Offizielle erstmals davon, Iskander-Raketen in ihrem westlichsten Vorposten in Königsberg ([/158638451](#)) zu stationieren. 2013 waren sie abschussbereit.

Die Raketen sind mobil und liegen mit ihrer Reichweite von 500 Kilometern zwar unter der im INF-Vertrag festgelegten Distanz, stellen aber eine fortwährende Gefahr für Deutschland dar. Im Bundestag fand dazu keine Debatte statt. Irgendein Grummeln oder vielleicht eine kleine öffentlich geäußerte Sorge von Frau Merkel? Der deutsche „Leuchtturm für die Welt“ sprang nicht einmal auf gelb.

Das Ergebnis ist ein nachhaltig anästhesiertes und immunisiertes Deutschland des Jahres 2019, das gewohnt ist, von der Wirklichkeit abgeschirmt zu werden. Was den INF-Vertrag betrifft, führt es dazu, dass die Nation etwas von einem neuen Rüstungswettlauf krakeelt

und bereit ist für eine neuen Friedensbewegung – diesmal allerdings ohne einen Helmut Kohl (/themen/helmut-kohl/) an der Macht, der in der Nachrüstungsdebatte der frühen 80er-Jahren erfolgreich der Bedrohung durch Russlands SS-20-Raketen trotzte.

Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, schreibt, dass die anhaltende Bedrohung durch die Iskander-Raketen in keiner Weise gemildert würde durch ein Festhalten am INF-Vertrag. Angesichts von Putins Ziel, Europa zu spalten, führe „das unbedingte und unbeirrte Festhalten Berlins an diesem Vertrag ... eher zu einer Schwächung des Zusammenhaltes in der westlichen Allianz, zur Isolation Deutschlands und gefährdet den Frieden“.

Vertrauen in Deutschland? Das ist eine Hoffnung, kaum eine Gewissheit. Wenn man die Erfahrungen mit den Iskander-Raketen und Nord Stream 2 hinzuaddiert zu den erwiesenen Betrügereien bei einstigen Ikonen wie Volkswagen, Deutsche Bank und „Spiegel“, fällt das wirklich schwer.

Vor sieben Jahren, bei seinem Amtsantritt als moralischer Schiedsrichter des Landes, warnte der damalige Bundespräsident Joachim Gauck die Deutschen vor den Konsequenzen, wenn sie sich weigerten, einen kompromisslosen Blick auf sich selbst zu werfen. Er sagte: „Ängste vermindern unseren Mut wie unser Selbstvertrauen, und manchmal so entscheidend, dass wir beides ganz und gar verlieren können, bis wir gar Feigheit für Tugend halten und Flucht für eine legitime Haltung im politischen Raum.“

Es gibt kaum Anzeichen dafür, dass sich Deutschland seitdem sehr verändert hat.

Aus dem Englischen von Rainer Haubrich.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  312

NEIN  115

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/188782587>